

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-4554

Telefax (0611) 31-3902

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Sachbearbeiter: Herr Weinert

E-mail dietmar.weinert@wiesbaden.de

Wiesbaden, 14. Juni 2007

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 19.06.2007, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt.-

Tagesordnung I

1. 07-F-25-0068

Wiesbadner Anbindung an den Schienen-Fernverkehr erhalten

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
22.5.2007 –

Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. was unternommen wurde um sicherzustellen, dass die Fernverkehrsverbindungen
Wiesbadens in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG optimiert werden oder im
Mindestfall beibehalten werden können;

2. ob es aus Sicht des Magistrats Anhaltspunkte für eine geplante Reduzierung der Fernverkehrsverbindungen auf Seiten der Deutschen Bahn AG ab dem Fahrplanwechsel zum Dezember 2007 gibt;

3. ob in Gesprächen über die Optimierung und Sicherstellung der bestehenden Fernverkehrsverbindungen mögliche Alternativen eines ICE-Haltes in Wiesbaden diskutiert wurden und welches Ergebnis diese Diskussionen hatte;

4. wie hoch der Magistrat seine Einflussmöglichkeiten auf eine solche, für die Landeshauptstadt Wiesbaden schwerwiegende Entscheidung der Deutschen Bahn AG einschätzt;

5. wie der Magistrat im Falle einer solchen Entscheidung zur Reduzierung von Fernverkehrsverbindungen durch die Deutsche Bahn AG zu reagieren gedenkt.

2. 07-F-25-0069

Umfahrung Reduit

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 11.6.2007 –

Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, gemäß des Beschlusses Nr. 0190 des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 05. Dezember 2006 die bisherigen Planungen zur Realisierung der Umfahrungen Reduit vorzustellen.

3. 07-F-01-0070

Abriss und Neubau der Schiersteiner Brücke

- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.6.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- wie sich der derzeitige Sachstand zum Abriss und Neubau der „Schiersteiner Brücke“ darstellt,

- welche zeitlichen, örtlichen und baulichen Planungen dem Magistrat bisher bekannt sind,

- wie die Verantwortlichkeiten bei diesem Projekt geregelt sind – also wie sich die Aufgaben, Rechte und Pflichten zwischen Bund, Land und den beiden Kommunen aufteilen und

- wann mit der Beteiligung der städtischen Körperschaften - auch im Hinblick auf die Verkehrsplanung – zu rechnen ist.

4. 07-F-25-0072

Beispielhaft Fahrradnutzung in der Stadtverwaltung

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13.6.2007 –

Vorbemerkung:

Bei bestimmten Entfernungen ist das Fahrrad zumeist das sinnvollste, schnellste und umweltfreundlichste Verkehrsmittel in der Stadt. Bislang spielt es für die Dienstgänge in der Stadtverwaltung nur eine untergeordnete Rolle. Doch gerade hier sollte die Stadt mit gutem Beispiel voran gehen und durch ein entsprechendes Angebot an gepflegten und leicht verfügbaren Fahrrädern diesen Anteil der Fahrradnutzung erhöhen.

Derzeit läuft die Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ von der AOK Hessen und dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub Hessen. An der sich auch die Mitarbeiter der ESWE beteiligen. Im letzten Jahr konnte durch diese Aktion 376 t CO2 eingespart werden. Zudem ist die Nutzung des Fahrrades auch unter gesundheitlichen Aspekten sinnvoll.

Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss für Planung und Verkehr beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. durch die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für Radfahrer, darauf hinzuwirken, dass sich die Mitarbeiter der Stadt zahlreich an dem Projekt „Mit dem Rad zur Arbeit“ beteiligen.
2. ein Konzept zur umweltfreundlichen Mobilität der Stadtverwaltung zu entwickeln, in dem der Radverkehr besondere Berücksichtigung findet.
3. zu prüfen, ob sich durch die Bereitstellung, Pflege und Wartung von Fahrrädern eine höhere Akzeptanz erzielen lässt. Dabei soll zugleich geprüft werden, ob solche Projekte gemeinsam mit privaten Dienstleistern und freien Trägern realisiert werden können.

5. 07-F-25-0074

Mittelabfluss und Zeitplan Neugestaltung Fußgängerzone

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13.6.2007 -

Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Vorbemerkung

Gemäß Investitionscontrolling 4. Quartal 2006 waren für die Neugestaltung der Fußgängerzone 807.475 € an restlichen kassenwirksamen Mitteln nicht verausgabt. Mit Beschluss der Sitzungsvorlage 06-V-66-0311 „Fortführung der Neugestaltung Fußgängerzone“ wurden für das Jahr 2007 zusätzlich 1,105 Mio. € kassenmässig bereitgestellt.

Eingedenk dieser Vorbemerkung wird der Magistrat gebeten zu berichten,

1. warum im Investitionscontrolling 1. Quartal 2007 an verfügbaren kassenwirksamen Mitteln statt 1.912.475 € nur 1 Mio. € für die Maßnahme zur Verfügung stehen und ob in Bezug auf die veranschlagten Kosten die entsprechenden Mittel für die bisher angefangenen und bereits beendeten Teilabschnitte abgerufen wurden,
2. wenn die bereitgestellten Mittel nicht abgerufen wurden, welche Gründe es für diesen Sachverhalt gibt,
3. inwieweit die bisher begonnenen Teilabschnitte den Planungen, sowohl der kostenmäßigen als auch der zeittechnischen, entsprechen,
4. wann gemäß Beschluss Nr. 0540 der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2006 zur Sitzungsvorlage 06-V-66-0311 „Fortführung der Neugestaltung Fußgängerzone“ die geforderten Kostenberechnungen für alle Bauabschnitte, die Soll-Ist-Vergleiche für die bereits abgewickelten und die Zeitpläne mit den auftrags- und kassenmäßigen Mittelbedarfen vorgelegt werden, sowie
5. wie die Maßnahmen zur Neugestaltung der Fußgängerzone insgesamt beschleunigt werden können.

6. 07-F-01-0071

Stadion an der Berliner Straße: Vorlage eines Verkehrs- und des Parkraumversorgungskonzepts Wiesbaden-Südost
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.6.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, das bereits häufiger mündlich vorgetragene Verkehrskonzept und damit verbunden auch das Parkraumversorgungskonzept für den Bereich Wiesbaden-Südost (Geviert Berliner Straße – Mainzer Straße – Gustav-Stresemann-Ring – Siegfriedring) schnellstmöglich schriftlich vorzulegen.

Dabei ist detailliert aufzuführen, wie der Magistrat gedenkt, die Anwohner (Nibelungenviertel, aber auch City-Ost) an Spieltagen mit hohen Zuschauerzahlen vor Parkplatzsuchverkehr und Falschparkern zu schützen.

7. 07-F-07-0027

Dietenmühle
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 19.6.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben Bebauungsplan und Veränderungssperre Dietenmühle wird der Magistrat gebeten zu berichten,

1. was der Stand der Verhandlungen von Stadt und Land in dieser Sache ist;
2. wie sich der Denkmalschutz zu einer möglichen Zusatzbebauung stellt;
3. was genau unter einer „Ergänzungsbebauung mit geringem Volumen“ zu verstehen ist.

8. 07-V-61-0034

DL 25/07-9, 22/07-9

Bebauungsplanentwurf "Dietenmühle" im Ortsbezirk Nordost; - Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes -

9. 07-V-61-0035

DL 25/07-10, 22/07-10

Veränderungssperre "Dietenmühle" im Ortsbezirk Nordost; - Satzungsbeschluss -

10. 07-F-01-0072

Ladenflächen im Polizeipräsidium: Überkapazitäten an Verkaufsflächen (in Einkaufspassagen)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.6.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, darzulegen, ob er in dem Investorenkonzept für die Folgenutzung des ehemaligen Polizeipräsidiums (Marktstraße, Ecke Friedrichstraße) ein für die Landeshauptstadt Wiesbaden wünschenswertes Geschäftsmodell sieht.

Begründung:

Das Nutzungskonzept für das ehemalige Polizeipräsidium sieht Einzelhandel und Läden vor. In direkter Nachbarschaft befinden sich die innerstädtischen Einkaufsmöglichkeiten, das Luisenforum und weitere nicht ausgelastete Ladenpassagen bzw. Geschäftsräume. Die Schaffung immer weiterer Einzelhandelsflächen könnte die Gefahr bergen, dass die Fußgängerzone und die existierenden Passagen weiter verwaisen, da ein Überangebot an hochpreisigen Handelsflächen existiert.

11. 07-V-80-2313

DL 23/07-2 NÖ

Verkauf Areal "Altes Polizeipräsidium" - Marktstraße 2-6, Friedrichstraße 27, Mauergasse 2-8

12. 07-F-01-0073

Nahversorgung Platter Straße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.6. 2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- ob der Magistrat ebenfalls dringenden Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Nahversorgung mit Lebensmitteln im Bereich seitlich der Platter Straße sieht,
- wie sich der derzeitige Sachstand zu einem Standort für einen Lebensmittelmarkt im Bereich Platter Straße darstellt,
- ob die städtebauliche Prüfung unterschiedlicher Standorte inzwischen abgeschlossen ist (vgl. Schreiben des Magistrats vom 17.10.2006 an den Ausschuss),
- ob mittlerweile eine Rückmeldung von Dezernat VIII zur gemeinsamen Nutzung des Standorts Comeniuschule vorliegt (vgl. Schreiben des Magistrats vom 17.10.2006 an den Ausschuss).

13. 07-V-03-0005

DL 25/07-1

Strategische und wirtschaftliche Neuausrichtung der städtischen Parkhäuser und des Parkleitsystems

14. 06-F-25-0035

ANLAGE

Erstellen einer Variantenstudie zur Realisierung des City-Links
- **Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.11.2006 (BP 0559)-**

Es ist vorgesehen, diesen Tagesordnungspunkt gegen 20.00 Uhr – gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit – zu beraten.

15. 07-F-25-0053

ANLAGE

Grundlagen für erstklassigen Volleyball in Wiesbaden erhalten
- **Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.05.2007 (BP 0214)-**

16. 07-F-25-0026

ANLAGE

Sachstand Taxiverkehr in Wiesbaden
- **Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 02.05.2007 (BP 0079)-**

17. 07-A-16-0005

Stadterneuerung "Soziale Stadt" - Aktueller Sachstandsbericht zu den laufenden Projekten

- 18. 07-V-63-0005** **DL 25/07-11**
Neubau Polizeirevier, Gewerbeflächen und Altenwohnungen Bertramstraße 3;
Bauvoranfrage vom 23.03.2007, Reg.-Nr. 6302/631187/07
- 19. 07-V-61-0001** **DL 22/07-1**
Städtebauliche Rahmenplanung "Mainzer Straße" / Fortschreibung 2007; - Beschluss über die Fortschreibung -
- 20. 07-V-61-0002** **DL 22/07-2**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Mainzer Straße, Bereich D, südlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Südost; - Änderungs- und Entwurfsbeschluss -
- 21. 07-V-61-0003** **DL 22/07-3**
Bebauungsplan "Mainzer Straße D - südlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Wiesbaden-Südost;
- Offenlagebeschluss -
- 22. 07-V-61-0004** **DL 22/07-4**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Mainzer Straße, Bereich F, südlich der Weidenbornstraße" im Ortsbezirk Südost; - Änderungs- und Entwurfsbeschluss -
- 23. 07-V-61-0005** **DL 22/07-5**
Bebauungsplan "Mainzer Straße Bereich F - südlich der Weidenbornstraße" im Ortsbezirk Wiesbaden-Südost; - Offenlagebeschluss -
- 24. 07-V-61-0020** **DL 22/07-6**
Bebauungsplanverfahren "Rosenfelder Wiesen" im Ortsbezirk Sonnenberg; Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungs- und des Offenlagebeschlusses
- 25. 07-V-61-0021** **DL 20/07-7**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Pfarrgarten" im Ortsbezirk Sonnenberg;
Satzungsbeschluss

26. 07-V-61-0022

DL 22/07-7, 20/07-8

Bebauungsplan "Am Birnbaum" im Ortsbezirk Sonnenberg - Satzungsbeschluss
Teilweise Aufhebung der Fluchtlinienpläne Sonnenberg 1909/1 und 1959/1 HAG -
Satzungsbeschluss
Teilweise Aufhebung des Bebauungsplanes Sonnenberg 1960/1 HAG -Satzungsbeschluss
Aufhebung des Bebauungsplanes Sonnenberg 1966/1 - Satzungsbeschluss

27. 07-V-61-0024

DL 20/07-9

Flächennutzungsplanänderung "Künstlerviertel" im Ortsbezirk Rheingauviertel/Hollerborn;
- Feststellungsbeschluss -

28. 07-V-61-0025

DL 20/07-10

Bebauungsplan "Sooderstraße/Pfahlerstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg;
- Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes -

29. 07-V-61-0026

DL 20/07-11

Bebauungsplan "Künstlerviertel" im Ortsbezirk Rheingauviertel / Hollerborn;
Satzungsbeschluss

30. 07-V-61-0031

DL 22/07-8

Bebauungsplan "Auf den Erlen - Süd" im Ortsbezirk Auringen; Satzungsbeschluss

31. 07-A-15-0001

ANLAGE

Eingabe nach §47 Geschäftsordnung - Thomaestr. 1
- **Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 02.05.2007 (BP 0081)-**

32. Verschiedenes

Tagesordnung II

- 1. 07-V-04-0002 DL 23/07-1**
Fahrplanwechsel am 09.12.2007
- 2. 07-V-40-0010 DL 18/07-5**
Oranienschule;
Fortführung Sanierung / Umsetzung Raumprogramm - Freigabe 1. Rate -
- 3. 07-V-40-0021 DL 23/07-9**
Comeniusschule - Abriss der Pavillons und Neubau; Bereitstellung von Planungsgeldern
- 4. 07-V-66-0102 DL 18/07-6**
Mittelumbuchung in 2007 vom Ergebnishaushalt (CO) in den Investitionshaushalt (Instandhaltungsprogramm IS) für Wiesbaden und AKK
- 5. 07-V-66-0201 DL 23/07-12**
Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr - Wiesbaden-Südost
- 6. 07-V-66-0202 DL 18/07-7**
Schulwegsicherung Kohlheckschule, Wiesbaden-Dotzheim
- 7. 07-V-66-0207 DL 23/07-13**
Bau einer Fußgängersignalanlage Schiersteiner Straße / Asklepios Gesundheitszentrum
- 8. 07-V-66-0211 DL 23/07-14**
Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr - Wiesbaden-Nordost
- 9. 07-V-66-0309 DL 23/07-15**
Öffentliche Straßenbeleuchtung; Austausch von alten Lampen gegen energiesparende Natriumdampf-Hochdrucklampen

10. 07-V-69-0003

DL 18/07-8

Kontingentanmeldung Wohnungsbauprogramm 2007

11. 07-V-36-0019

DL 20/07-2

Nahwärmeinsel "Kleine Schwalbacher Straße"- gespeist durch Thermalwasser

12. 07-V-80-2321

DL 25/07-1 NÖ

Vergabe eines Erbbaurechts an einer Teilfläche eines städt. Grundstückes im Gewerbegebiet Petersweg-Ost zur Ansiedlung eines Logistikunternehmens

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender